

**Stadtvertretung  
der Landeshauptstadt  
Schwerin**

**Tagesordnungspunkt**

<input checked="" type="checkbox"/> öffentlich	
<input type="checkbox"/> nicht öffentlich	

Datum: 15.10.2018

**Ersetzungsantrag  
Drucksache Nr.**

**01541/2018**

Antragsteller: Fraktion DIE LINKE  
BÜNDNIS 90/  
Die Grünen  
Bearbeiter:  
Telefon: 0385/545-2957

Beratung und Beschlussfassung im		
<b>Fachausschuss für</b>		
<input type="checkbox"/> Finanzen und Rechnungsprüfung	<input type="checkbox"/> Hauptausschuss	<input type="checkbox"/> Stadtvertretung
<input type="checkbox"/> Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung		
<input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften		
<input type="checkbox"/> Soziales und Wohnen		
<input type="checkbox"/> Kultur, Sport und Schule		
<input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen		
<input type="checkbox"/>		
Beschluss am:		

**Betreff**

**Sozialer Wohnungsbau**

**Beschlussvorschlag**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis zum 28.02.2019 ein schlüssiges Konzept und Maßnahmenpaket vorzulegen, das es ermöglicht, im Rahmen der Beschlussfassung von B-Plänen, beim Verkauf von städtischem Eigentum zu Wohnzwecken und bei Erbpachtverträgen für Baugrundstücke 25 bis 40% des neu geschaffenen Wohnraumes an finanziell schwächer gestellte Personen (Familien mit alleinerziehenden Eltern, Familien bzw. Personen mit geringem Erwerbseinkommen, Beziehenden von Grundsicherung im Alter oder wegen Erwerbsminderung und sonstige Personengruppen) vermietet werden kann. Dabei soll die Mietpreisbindung mindestens 25 Jahre gelten.

## Begründung

Eine Stadt kann als soziales Gefüge nur funktionieren, wenn es im gesamten Stadtgebiet eine entsprechende soziale Durchmischung von Mieterinnen und Mieter bzw. Wohneigentümerinnen und Wohneigentümern in Eigenheimsiedlungen gibt.

Schwerin hat nachgewiesener Maßen ein Problem der Segregation. Die jetzt in der Stadtvertretung in der Beratung befindlichen Maßnahmen zur Arbeit an einer KdU-Richtlinie wird dieses Problem allein nicht lösen können.

Zur Lösung des Gesamtproblems muss es einen Richtungswechsel in der Städtebauplanung geben. Ziel sollte dabei sein, auch durch diese Maßnahmen, in 15 bis 20 Jahren das Segregationsproblem in Schwerin gelöst zu haben.

Nur so wird Schwerin in Zukunft ein attraktiver Wohnstandort und Schwerin als wachsende Stadt auch in Zukunft unterschiedlichen sozialen Bedürfnissen der hier lebenden Menschen gerecht werden.

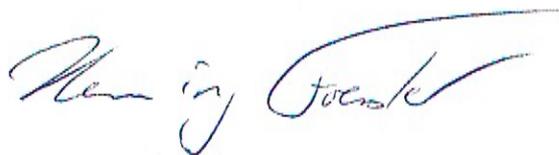
Dabei wird Schwerin neue Wege gehen müssen, die alt sind. Für den Bezug dieser Wohnungen müsste die Stadt entsprechende Wohnberechtigungsscheine ausstellen. Hier würde also auch eine Umstrukturierung der Verwaltung notwendig sein.

*nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen*

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:



Henning Foerster  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Cornelia Nagel  
Fraktionsvorsitzende BÜNDNIS 90/ Die Grünen